

Energiewende-Korruption: enorme Rückbaukosten von Windrädern und illegale Verklappung von Windradschrott

geschrieben von AR Göhring | 25. September 2025

Viele Bürgermeister und Gemeinderäte glauben, daß sie mit „Erneuerbaren Energien“ Geld in die immer klammer werdenden Kommunalkassen spülen können. Die Realität der „Verteuerbaren Energien“ zeigt: Nein – die einzigen Profiteure sind neben NGOs die Betreiber der Windanlagen, die von Steueregeldern leben.

Der Fall des Grimmschen Märchenwaldes in Hessen zeigt, wie die örtlichen Gemeinden die enormen Rückbaukosten der Windräder wahrscheinlich werden stemmen müssen. Und der Fall der illegalen Entsorgung von Windradschrott in Georgswalde/Tschechien kostet den bayerischen Freistaat jetzt schon Millionen, da der Entsorger rechtzeitig Pleite gegangen ist.

Der Reinhardswald bei Kassel ist in Staatsbesitz, weswegen man dort schnell und ohne Einspruchmöglichkeit der Bevölkerung Windräder in den Jahrhunderte alten Bestand klotzen kann. Die Gemeinden machern gerne mit, weil sie nur kurzfristige Steuer-Eintreibemöglichkeiten sehen. Daß der Wert naher Immobilien fast auf 0 fällt – interessiert den Bürgermeister doch nicht, wenn er dort nicht selber wohnt. Aber nun kommt der Bumerang: Die immer größer werdenden Windräder zeitigen immer höhere Rückbaukosten, die durch Rückstellungen der Erbauer nicht im Ansatz gedeckt sind. Ergebnis: Durch Bankrott müssen die Windradbetreiber ihren Stahlbetonschrott nicht selber ausgraben und rezyklisieren – das dürfen in 20 Jahren dann die Kommunen machen. Blackout-News schreibt dazu:

Für die 160 Meter hohen Vestas-Anlagen im Reinhardswald ergab das insgesamt 2,88 Millionen Euro. Doch diese Berechnung deckt die realistischen Rückbaukosten nicht ab. Das Aktionsbündnis Märchenland spricht von bis zu 100 Millionen Euro. Auch der Landesrechnungshof in Hessen geht von weitaus höheren Summen aus, als bislang kalkuliert.

Das Aktionsbündnis Märchenland warnt eindringlich: „Im Falle

einer Betreiber-Insolvenz könnten der Kreis und seine 28 Kommunen auf Kosten von 100 Millionen Euro und mehr sitzen bleiben.“ Bündnis-Mitglied Jan-Eric Müller-Zitzke betont die Pflicht des Landkreises, ein solches Szenario zu verhindern. Fehlkalkulierte Rückbaukosten könnten langfristig die Finanzlage vieler Kommunen belasten.

Rückbaukosten im Reinhardswald – Streit um Millionenrisiko für betroffene Kommunen

Und Bankrott gehen die Betreiber wahrscheinlich als erstes, um die ruinösen Kosten der Fundament-Abtragung nicht zahlen zu müssen. Ähnliches ist zum Beispiel gerade in Bayern passiert: Ein Entsorger aus der Oberpfalz schaffte deutsche Windradflügel nach Georgswalde in Tschechien (Jiříkov – gesprochen Jirschíkoff). Die Bürgermeisterin des kleinen Ortes wurde nicht informiert und wehrte sich daher durch persönliche Blockade der deutschen EE-Müllverklappung in ihrer Heimat – sie stellte sich den LKW in den Weg. Der Skandal schlug Wellen bis in deutsche Massenmedien. Ergebnis: Die Behörden verhafteten den Geschäftsführer und einen seiner Fahrer – und die Firma ist seit einem halben Jahr insolvent. Der Rücktransport nach Hof/Franken und die fachgerechte Lagerung darf nun vom Steuerzahler getragen werden („vorerst“).